

unterstützt oder den Streitkräften ... Nachrichten oder Dienst geleistet hat“. „Die deutschen Behörden haben alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um sicherzustellen, daß der Zweck dieses Absatzes erreicht wird.“

5. Entgegen allen Beteuerungen des Bonner Grundgesetzes, „dem Frieden der Welt zu dienen“, verfolgt die westdeutsche Justiz in unerhörter Weise die Kämpfer für den Frieden. Aus diesem Beispiel ergibt sich unwiderlegbar der Beweis, daß sich das Bonner Regime und seine Justiz wiederum bewußt über Völkerrecht und Menschenrechte hinwegsetzen und sich erneut schwerster Gesetzesverletzungen und Verbrechen schuldig machen.

Der Fall Vracaric — Symptom der westdeutschen Notstandspolitik

Die Verhaftung Vracarics hat eine solche Welle der Entrüstung und des Protests ausgelöst, wie es bei der Verhaftung eines Menschen in Westdeutschland selten der Fall war. Die friedliebenden Völker Europas haben diesen Racheakt der westdeutschen Polizei und Justiz als Versuch einer Rechtfertigung der faschistischen Aggression und Ausdruck der westdeutschen Aggressionspolitik erkannt. Das mit Recht. Der Fall Vracaric ist kein „Mißgriff“ eines einzelnen Staatsanwalts, wie Bonn weismachen möchte. Eindeutig wird das durch die Beteiligung der höchsten westdeutschen Justizstellen widerlegt. Die Verhaftung ist ein Symptom der Grundauffassung der westdeutschen Machthaber, die Kriegsminister Strauß mit den Worten kennzeichnete, daß der zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei. Genauso wie im Hitler-Staat geht die Vorbereitung des gegen die DDR und das sozialistische Lager geplanten Krieges mit einer immer stärkeren Anwendung faschistischer Herrschafts- und Unterdrückungsmethoden einher. Um den Widerstand gegen die Anfänge der Remilitarisierung im Jahre 1951 und heute gegen die atomare Aufrüstung zu unterdrücken, wurde ein ganzes System des Polizei- und Justizterrors in Westdeutschland errichtet, der von Gestapo-, SS-Führern und Blutrüchtern angeführt wird. Zunächst wurde die KPD, die konsequenteste Vertreterin der westdeutschen Bevölkerung im Kampf gegen die Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung, widerrechtlich verboten. Es folgte das Verbot von mehr als 200 demokratischen Organisationen. Bezeichnend für das Bonner System ist auch, daß in einzelnen westdeutschen Ländern die Organisationen der antifaschistischen Widerstandskämpfer verboten sind und ein umfassendes Verbot auf Bundesebene mit allen Mitteln angestrebt wird.

Das Ergebnis des Justizterrors in den letzten 10 Jahren bezifferte die 7. Tagung des Initiativ Ausschusses für eine politische Amnestie in Westdeutschland mit 150 000 bis 200 000 politischen Gesinnungsverfahren, von denen etwa 500 000 Personen betroffen wurden¹². Allein in den acht Wochen nach der Bonner Bundestagswahl am 17. September 1961 wurden Atomkriegsgegner zu über 70 Jahren Gefängnis verurteilt, nur weil sie eine andere Meinung als die regierungsamtliche vertreten, weil sie eine andere Gesinnung haben als die Bonner Ultras.

Der Terror der westdeutschen Polizei- und Justizorgane richtet sich immer mehr gegen die antifaschistischen Widerstandskämpfer, weil sie zugleich die konsequentesten Gegner der Bonner Atomkriegspolitik sind. Die gleichen Menschen, die von den Faschisten in die Zuchthäuser und in die KZ geworfen wurden, werden heute in Westdeutschland erneut vor die Schranken der Gerichte gezerrt. Das Vorgehen der Bonner Behörden gegen die Kommunisten Karl Schabrod, Oskar Neumann, Albert Stasch u. a. bestätigen es. Dieser Terror soll nun auf die Widerstandskämpfer gegen den Faschismus in allen Ländern ausgedehnt

werden. Die Verhaftung Vracarics war dafür ein Testfall. Das bestätigte ein Sprecher der westdeutschen Botschaft in Oslo. Er erklärte auf eine Anfrage, daß die Botschaft keine 100prozentige Garantie dafür übernehmen könne, daß nicht auch norwegische Widerstandskämpfer unter den gleichen Beschuldigungen wie Vracaric in Westdeutschland festgenommen werden könnten, da der Botschaft „keine Listen (offenbar Fahndungslisten — d. Verf.) zur Verfügung“¹³ ständen. Auf die gleiche Frage antwortete das schleswig-holsteinische Justizministerium, es sei denkbar, daß dänische Staatsbürger für ihren Widerstandskampf gegen die faschistische Besetzung in Westdeutschland verhaftet werden könnten¹⁴. Damit wird offensichtlich, daß die westdeutsche Justiz bereit ist, in der Periode der offenen Aggressionsvorbereitungen der Bonner Militaristen ihre Aufgabe zu erfüllen, die militärische Aggression juristisch vorzubereiten und im voraus zu sanktionieren.

Es drängt sich die Frage auf, warum sich gerade in der letzten Zeit der Polizei- und Justizterror in Westdeutschland derart verschärft. Die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, daß das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt auch in Deutschland mehr als bisher sichtbar wurde. Dazu hat in entscheidendem Maße das entschlossene * Handeln der DDR am 13. August d. J. beigetragen.

Am 13. August sowie am 17. September 1961 bei den Bundestagswahlen hat das Adenauer-Regime schwere Niederlagen erlitten, was sich auch im Verlust der absoluten Mehrheit der Adenauer-CDU im Bundestag widerspiegelt. Diese Tatsachen führten zur Verschärfung der tiefen politischen Krise des Bonner Systems. Strauß erklärte am 27. November in Washington, daß die westdeutschen Militaristen nicht auf ihre bisherige, offensichtlich gescheiterte NATO-Politik verzichten wollen und die Verfügungsgewalt über Atomwaffen fordern¹⁵. Ihre gescheiterte Atomkriegspolitik können sie aber nur gegen das Volk und deshalb mit Gewalt durchsetzen. So ist der verschärfte politische Terror des Bonner Regimes also nur die Kehrseite seines politischen Bankrotts.

Um seinen historisch unvermeidlichen Untergang hinauszuzögern, hat sich das Bonner Regime mit der stärksten imperialistischen Macht, den USA, verbündet und unter Verzicht auf nationale Souveränität und Selbstbestimmung der Atomkriegspolitik verschrieben. Aber auch das reicht nicht mehr, sondern wird sich als untaugliches Mittel der Politik erweisen. Nicht die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus — Militarismus, Krise, Terror und Unterdrückung —, sondern das sozialistische Weltsystem bestimmen immer mehr in entscheidendem Maße die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft.

Der Friedensvertrag muß dem Unrecht ein Ende setzen

Nur in der DDR wurde in Deutschland der Schwur der Widerstandskämpfer des Jahres 1945 verwirklicht: Nie wieder Militarismus! Nie wieder Faschismus!

Unser Arbeiter-und-Bauern-Staat vertritt mit dem Kampf um den Abschluß eines deutschen Friedensvertrages die Interessen der ganzen Nation. Mit seiner Durchsetzung wird den westdeutschen Militaristen die Möglichkeit für neue Kriegsabenteuer ein für allemal genommen werden. Im Sinne dieses großen Hauptanliegens ist es auch, wenn im sowjetischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland in Artikel 15 gefordert wird:

„Verboten ist jegliche Verfolgung oder Unterdrückung jeder beliebigen Person durch die deutschen Behörden oder durch deutsche Bürger auf Grund der Tat-

¹³ „Die Welt“ vom 8. November 1961.

¹⁴ „Berliner Morgenpost“ vom 7. November 1961.

¹⁵ „Neues Deutschland“ (Ausg. B) vom 29. November 1961.

¹² „Neues Deutschland“ (Ausg. B) vom 14. November 1961.